

Antrag eingegangen am:



Antrag auf Einbürgerung

Bitte alle Fragen beantworten. Zutreffendes ankreuzen X oder ausfüllen.

Sollte der Platz bei einer Frage nicht ausreichen, weitere Ausführungen bitte auf einem Beiblatt machen.

Datenschutzrechtlicher Hinweis:

Die nachstehenden Angaben werden zur Bearbeitung Ihres Antrages benötigt. Sie sind verpflichtet Angaben zu machen. Eine sachgerechte Bearbeitung ist jedoch nur möglich, wenn Sie die erforderlichen Angaben machen.

Ich beantrage den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit (Einbürgerung).

Angaben zur Person			Vermerke der Behörde
Personalien			
Familienname (ggf. Geburtsname)			
Vorname(n)			
Geburtsdatum	Geburtsort, Kreis und Staat		
Anschrift und Ort des dauernden Aufenthalts (Postleitzahl, Wohnort, Straße, Hausnummer)			
Familienstand ☐ ledig ☐ verheiratet ☐ verwitwet ☐ geschieden ☐ getrennt lebend		Datum	
Tag und Ort der Eheschließung			
Ehegatte			
Familienname (ggf. auch Geburtsname)			
Vorname(n)			
Geburtsdatum	Geburtsort, Kreis, Staat		
Staatsangehörigkeit(en)			
Miteinzubürgern ☐ ja ☐ nein			
Frühere Ehen			
Frühere Ehen des Einbürgerungsbewerbers / der Einbürgerungsbewerberin ☐ ja ☐ nein			
1. Ehe	Von	bis	aufgelöst durch
	Staatsangehörigkeit(en) des früheren Ehegatten		
2. Ehe	von	bis	aufgelöst durch
	Staatsangehörigkeit(en) des früheren Ehegatten		

Aufenthalt		
Aufenthalt außerhalb Deutschland (Zeit, Ort, Kreis, Staat)		
von	bis	in

Aufenthalt in Deutschland (Zeit, Ort, Kreis, Bundesland)		
von	bis	in

Aufenthaltstitel	
Niederlassungserlaubnis ☐ ja ☐ nein	
Aufenthaltserlaubnis ☐ ja gültig bis ☐ nein	
Sonstige	

Schulausbildung (Zeit, Schulart, Abschluss, Staat)

Berufsausbildung
Derzeit ausgeübte Tätigkeit

Sprachkenntnisse	
Herkunft deutscher Sprachkenntnisse	
durch Schulbesuch in Deutschland ☐ ja ☐ nein	durch Berufsausbildung in Deutschland ☐ ja ☐ nein
durch Aufenthalt im deutschsprachigen Raum ☐ ja, in (bitte den Staat angeben)	
☐ durch erfolgreichen Besuch eines Integrationskurses	von bis
Nachweis staatsbürgerliche Kenntnisse	
☐ Einbürgerungstest / Test „Leben in Deutschland“	☐ abgeschlossene Schul-/Berufsausbildung in Deutschland

Eltern	
☐ Leibliche Eltern ☐ Adoptiveltern	
Die Annahme als Kind (z. B. Adoption) ist nachgewiesen durch Tag, Ort und Staat der Eheschließung	
Vater	Mutter
Familienname (ggf. auch Geburtsname)	Familienname (ggf. auch Geburtsname)
Vorname(n)	Vorname(n)
Geburtsdatum	Geburtsdatum
Geburtsort, Kreis, Staat	Geburtsort, Kreis, Staat
Staatsangehörigkeit(en)	Staatsangehörigkeit(en)

Strafbares Verhalten	
Straftaten: Angaben über Datum, erkennendes Gericht, Tatbestand und Strafmaß bei noch nicht getilgten Strafen	
Sie sind verpflichtet auch Verfahren im Ausland anzugeben	
Angaben über anhängige Ermittlungsverfahren	
Wirtschaftliche Verhältnisse	
Brutto-Einkünfte ☐ monatlich ☐ jährlich des Antragstellers	Betrag €
Brutto-Einkünfte ☐ monatlich ☐ jährlich des Ehegatten	Betrag €
Brutto-Einkünfte ☐ monatlich ☐ jährlich der Eltern (bei minderjährigen Antragstellern)	Betrag €
Bezug von Sozialhilfe	☐ ja ☐ nein
Höhe der monatlichen Sozialhilfe	Betrag €
Grund des Bezuges von Sozialhilfe	
Bezug von Arbeitslosengeld II	☐ ja ☐ nein
Höhe des Arbeitslosengeldes	Betrag €
Grund des Bezugs von Arbeitslosengeld	
Unterhaltsfähigkeit	
Ich habe Unterhaltsverpflichtungen ☐ ja ☐ nein ☐ Höhe €	Wenn „ja“: Ich bin mit Unterhaltszahlungen im Rückstand ☐ ja ☐ nein ☐ Höhe €

Sonstiges			
Die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit habe ich bereits früher beantragt			
☐ nein	☐ ja, bei		
Behörde			
☐ Der Antrag wurde abschlägig beschieden am	Datum	☐ Der Antrag wurde von mir zurückgenommen am	Datum

Die Einbürgerung erfolgt grundsätzlich unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit.
Ausnahme: Wenn das Heimatland keine Mehrstaatigkeit zulässt.

Informationen zum Datenschutz erhalten Sie bei Ihrem Sachbearbeiter oder hier
<https://lra-aic-fdb.de/wp-content/uploads/2024/02/Datenschutzhinweis10StAG-1.pdf>

Ich verpflichte mich, Änderungen meiner persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnisse unverzüglich mitzuteilen.

Hiermit erteile ich die Zustimmung zur Auskunftserteilung folgender Behörden/Stellen:

- dem zuständigen Träger für Leistungen nach dem SGB II, dem SGB XII und dem Unterhaltsvorschussgesetz
- dem Finanzamt
- dem Vollstreckungsportal (Schuldner- und Insolvenzverzeichnis)
- den Ermittlungsbehörden bei Strafverfahren (Kripo, Staatsanwaltschaft, Zoll)
- dem Landesamt für Verfassungsschutz
- dem Fachbereich Ausländerwesen im Landratsamt Aichach-Friedberg (Einbeziehung meiner Ausländerakte)

Richtigkeit der Angaben:

Ich versichere die Richtigkeit der Angaben. Ich habe davon Kenntnis genommen, dass unrichtige oder unvollständige Angaben zur Ablehnung oder Rücknahme der Einbürgerung führen können sowie möglicherweise einen Straftatbestand gem. § 42 StAG darstellen. Zudem verweisen wir auf die Sperrfrist von 10 Jahren nach § 35a StAG.

Mitwirkungspflichten:

Um das Vorliegen der Voraussetzungen überprüfen zu können, bin ich als Einbürgerungsbewerber gem. § 37 StAG i.V.m. § 82 AufenthG zur Mitwirkung verpflichtet und habe die erforderlichen Nachweise über meine persönlichen Verhältnisse unverzüglich beizubringen. Ohne meine Mitwirkung kann der Antrag auf Einbürgerung nicht zum Erfolg führen.

Änderungen in den persönlichen sowie wirtschaftlichen Verhältnissen habe ich unverzüglich mitzuteilen und durch entsprechende Unterlagen zu belegen.

Verwaltungskosten:

Ich habe davon Kenntnis genommen, dass die Einbürgerungsgebühr derzeit 255 Euro pro Person beträgt. Die Gebühr ist vor der Aushändigung der Urkunde einzuzahlen. Eine Gebühr fällt auch an, wenn der Antrag zurückgenommen oder abgelehnt wird

Ort, Datum	Unterschrift(en) des Einbürgerungsbewerbers oder des / der gesetzlichen Vertreter(s)	
Telefonische Erreichbarkeit des Antragstellers:		
Bei minderjährigen Einbürgerungsbewerbern, dem Antrag auf Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit stimme(n) ich / wir zu.		
Unterschrift(en) der / des gesetzlichen Vertreter(s)		

Information und Einwilligungserklärung zur Übermittlung von Sozialdaten im Einbürgerungsverfahren

Name:	Vorname:
Geb.datum:	Geb.Ort:

Zur Klärung von Fragen der eigenständigen Sicherung des Lebensunterhalts ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel sowie der Vertretbarkeit eines eventuellen Bezugs von Sozialleistungen sind unter Umständen Auskünfte vom zuständigen Jobcenter, der Arbeitsagentur und/oder dem Sozialamt notwendig, die grundsätzlich vom Antragsteller/von der Antragstellerin eingeholt werden können und vorzulegen sind. Im Interesse der Verfahrensbeschleunigung und zur Unterstützung der Betroffenen kann die Einbürgerungsbehörde die erforderlichen Informationen bei den vorgenannten Stellen aber auch direkt einholen und nutzen. Dazu ist nach § 67 b Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) die schriftliche Einwilligung des Antragstellers/der Antragstellerin erforderlich.

1. Hiermit willige ich ein ☐* **nicht ein** ☐*,

dass die Einbürgerungsbehörde

- beim Jobcenter**
- der Bundesagentur für Arbeit**
- beim Sozialamt**

die für das Einbürgerungsverfahren erforderlichen Informationen, insbesondere zu Leistungsbezug, früheren Leistungsbezugszeiten, Leistungskürzungen, Sperrzeiten, Sanktionen, (allgemeinen, lokalen, persönlichen) Vermittlungschancen wie Ausbildungs-, Qualifikations-, Weiterbildungsstand, Bemühungen zur Verbesserung desselben, Bewerbungssituation und Bewerbungsverhalten, Zielvereinbarungen, direkt einholt (erhebt und übermittelt bekommt) und die so gewonnenen Erkenntnisse im Einbürgerungsverfahrens berücksichtigt.

2. Des Weiteren willige ich ein ☐* **nicht ein** ☐*,

dass das Ergebnis der

- vom Jobcenter**
- der Bundesagentur für Arbeit**
- dem Sozialamt**

eventuell eingeholten medizinischen und/ oder psychologischen Gutachten über meine Erwerbsfähigkeit bzw. deren Einschränkungen übermittelt und von der Einbürgerungsbehörde im Einbürgerungsverfahrens berücksichtigt wird.

Nach § 67 b Abs. 2 SGB X bzw. Art. 7 Abs. 3 DSGVO kann ich meine Einwilligung verweigern oder durch schriftliche Erklärung mit Wirkung für die Zukunft jederzeit und ohne Angabe von Gründen bei der oben genannten Einbürgerungsbehörde widerrufen. Die Einwilligung zur Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten im Einbürgerungsverfahren beruht auf Freiwilligkeit. Mir ist bekannt, dass die Verweigerung oder der Widerruf der Einwilligung zur Folge haben können, dass für das Einbürgerungsverfahren erforderliche Angaben/Daten nicht erhoben bzw. übermittelt werden können, was unter Umständen die gebührenpflichtige Ablehnung meines Antrags nach sich ziehen kann.

Ich habe die Informationen zur Kenntnis genommen und gebe diese Einwilligung freiwillig ab.

Aichach, _____

* Bitte ankreuzen!

**Unzutreffendes bitte streichen!

Unterschrift